(oder vielleicht Brindisi-Port Said) zu fordern. Wollen die deutschen Unternehmer die Kopfstation im Mittelmeer weiter hinausrücken, z. B. nach Triest oder Genua, so hätten sie dies freiwillig auf eigene Rechnung und Gefahr zu thun. Ob sie aber dazu Neigung besitzen, ist nach den Aeußerungen sehr zweifelhaft, welche die beiden einflußreichsten Fachmänner — der Hamburger Rheder Woermann und der Director des Norddeutschen Lloyd Meier (Bremen) — in den jüngsten Commissionssitzungen des Reichstags abgaben. Beide erklärten, bei den Zweiglinien sei kein Geschäft zu machen. Woermann fügte sogar hinzu, er sehe nicht ein, weshalb deutsche Subventionsgelder dazu beitragen sollten, Waaren aus Oesterreich, der Schweiz und Italien bequemer zu befördern. Dafür könnten diese Staaten extra zahlen, wie dies z. B. Italien mit jährlich 19,000 Pfd. Sterl. an die Peninsular und Oriental Company bereits thut. Unter solchen Umständen muß sich besonders den nicht deutschen Exporteuren und Interessenten noch eine besondere Erndung aufdrängen. Wenn auf deutscher Seite — wie es thatsächlich der Fall ist — die Absicht vorliegt, es möglichst so einzurichten, daß die Dampfer bereits voll beladen die deutschen Abgangshäfen verlassen, so fehlt denjenigen Waaren, welche über die Gotthardbahn via Genua oder mit den österreichischen Bahnen über Triest gingen, die Garantie, mit den deutschen Schiffen Beförderung zu finden. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die deutschen Schiffe stets voll beladen die deutschen Nordseehäfen verlassen; aber es genügt, wenn der Fall auch nur zu öfteren Malen eintritt, um für Oesterreich, Schweiz und Italien die augenblicklich in manchen Kreisen dort noch überschätzte Bedeutung der subventionirten deutschen Dampfer-Linien auf ein entsprechendes Maß einzuschränken. Diese Bemerkungen mußten zur Beurtheilung und Abschätzung der wirklichen Sachlage bezüglich der Zweiglinien im Mittelmeere vorausgeschickt werden. Wir schließen noch einige Bemerkungen an über die noch schwebende Frage betreffs eines Anlaufens auf der Hauptlinie der subventionirten deutschen Postdampfer in Antwerpen oder Rotterdam. Ebenso wie die andern Regierungen dürfte auch die holländische sich darauf beschränkt haben, ihren hiesigen Gesandten zu beauftragen, seine Aufmerksamkeit der Angelegenheit zuzuwenden, ohne aber irgendwelche amtlichen Schritte zu unternehmen. In den deutschen Rhederkreisen trägt man aber einem Anlaufen in Rotterdam oder Antwerpen noch weniger Sympathie entgegen als einer Verlängerung der Zweiglinie nach Triest oder Genua. Da nun jedoch gerade im Süden und Westen Deutschlands sich von einflußreichen Kreisen lebhafte Wünsche geltend machen theils dafür, daß entweder Triest oder Genua im Süden, theils dafür, daß Rotterdam oder Antwerpen im Norden als Anlaufshäfen der deutschen Schiffe eingeschaltet werden, so sind andere Projecte aufgetaucht, um diese Wünsche der süddeutschen Handelskammern mit denen der norddeutschen Rheder, sowie den leitenden Absichten der deutschen Reichsregierung in Einklang zu bringen. Eine dieser Combinationen faßt die Annahme ins Auge, daß die deutschen Schiffe doch Rotterdam anlaufen. Um nun zu verhüten, daß die Waaren aus Süd- und Westdeutschland trotzdem über Triest oder Genua gehen und dort mit nichtdeutschen Schiffen befördert werden, weil die deutsche Zweiglinie nur bis Brindisi reiche — ist der Plan aufgetaucht, daß die subventionirten deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaften einen eigenen Dienst auf dem Rheine einrichten und auf ihre Kosten die deutschen Waaren aus Süd- und Westdeutschland an Bord der in Rotterdam anlaufenden deutschen Postdampfer liefern sollen. Dieses Project stößt indessen bereits so stark auf Kopfschütteln, daß der andere Plan viel ernsthafter aufzunehmen ist, wonach durch wesentlich herabgesetzte Eisenbahnfrachtsätze auf den deutschen Bahnen der Waarenverkehr aus dem Westen und Süden Deutschlands nach Hamburg und Bremen geleitet werden soll.

Eine Gewähr für die Zuverlässigkeit dieser Informationen können wir nicht übernehmen.

* * *

* Ueber den Fall Hugues schreibt die Berliner „Post“:

Die Freisprechung der Frau Clovis Hugues, welche geständigermaßen mit Ueberlegung den Agenten Morin getödtet hatte, hat mit Recht Alle, die es mit einer geordneten Justiz und mit der Aufrechthaltung der Strafgesetze, wie der Sittengesetze gut meinen, mit Entrüstung und mit gerechter Furcht vor den Consequenzen und Zeichen einer solchen Rechtspflege erfüllt. Allein ein Punct scheint übersehen zu werden, welcher wohl auch für unsere Gesetzgebung und Rechtspflege Bedeutung beanspracht. Die Frau Hugues fühlte sich in ihrer Ehre als Frau und Mutter auf das Tiefste durch die ihr widerfahrenen Schmähungen und Verdächtigungen verletzt. Es mag dahin gestellt bleiben, ob und inwieweit Morin sie verschuldet hat. Jedenfalls wird die Thatsache, daß die Frau Hugues schwere Verleumdungen erlitten, nicht in Abrede gestellt und auch nicht behauptet, daß sie begründet gewesen. Frau Hugues verzweifelte an einer genügenden Sühne ihrer Ehre durch das Gericht; — die wiederholten Verzögerungen der Verhandlung und Aburtheilung steigerten ihre Erbitterung, wie diese Zweifel. Es tritt hier die Frage in den Vordergrund, ob der Zweifel der Frau Hugues ein berechtigter gewesen. Und hieran schließt sich die Frage, ob nicht die Gesetze, namentlich aber die Richter, in der Bestrafung von Verleumdungen zu mild sind. Wir sprechen hier nicht von gewöhnlichen Schimpfreden und Ehrverletzungen; — obwohl sind sie oft nur Ausbrüche der Roheit und des Zorns, wohl auch der vorausgegangenen Mißhandlung des Beleidigten. Auch hier kommen oft in den unteren Volksschichten Exzesse vor, die, wenngleich strafbar, doch eine tiefere Bedeutung nicht beanspruchen und auch nicht als eine schwere Rechtsverletzung angesehen werden mögen, ja nicht als solche von dem Verletzten empfunden werden. Allein anders liegt der Fall, wenn Verleumdungen verbreitet werden, welche die Ehre des Andern auf das Schwerzlichste schädigen, ihn in den Augen seiner Mitbürger herabsetzen, ihm den Credit im Geschäfte abschneiden, Angst, Unruhe und Verbitterung in die Familien hineintragen, Bande der Liebe und des Vertrauens lockern und Unheil anrichten, das in seiner Richtung, wie Ausdehnung oft viel schwerer zu tragen ist als bedeutende finanzielle Verluste. Insbesondere gilt dies von den Frauen, deren Ehre als Frau oder als Mutter oder als unbescholtenes Mädchen verunglimpft wird. Oft ist solches Unheil niemals wieder gut zu machen, noch der Schaden auszugleichen. Es kann noch Jahrzehnte die Verleumdung das Glück und den Frieden einer Familie für immer vernichten. Und nun die Schuld des Thäters? Ist sie nicht viel schwerer als die eines Diebes, der dem Andern einen Geldbetrag entwendet? Läßt sich wohl behaupten, daß der Dieb moralisch schlechter sei als ein solcher Verleumder? Was bedeutet ein, wenngleich erheblicher Geldbetrag gegenüber dem Schaden und Unheil der Verleumdung? Und nun die Strafe? Allerdings kann möglicherweise durch sie, auch wenn sie hoch bemessen ist, der angerichtete Schaden nicht ausgeglichen, noch das Publicum von der Unwahrheit der Nachrede völlig überzeugt werden. Aber dies kommt nicht ausschließlich in Betracht, sondern die innere Bedeutung des Unheils und die Wiederrechtlichkeit des Verleumders müssen entscheiden. Ist dies der Fall, so fragt es sich, ob hier eine, oft überdies sehr mäßige Geldstrafe oder eine kurze Freiheitsstrafe der Verletzung und der Schuld des Thäters entspricht? Die Strafe soll auch durch ihre Höhe den Grad der Schuld ausdrücken und ihn allen Betheiligten, wie auch dem gesammten Publicum zum Verständniß bringen. Wenn die Ehre einer Frau verunglimpft und dadurch ihr Lebensglück und ihr Frieden vernichtet oder aufs Höchste gefährdet wird, so soll auch das Strafgesetz und der Strafrichter befunden, daß in der Verleumdung ein schwerer Angriff auf die Sicherheit und die Ehre des Einzelnen begangen wird und ein solcher Angriff die strengste Ahndung verdient. Wir schließen diese Zeilen mit der Frage, ob die Praxis wirklich bei der Ahndung von Verleumdungen immer diese gerechte Strenge gezeigt hat?

* Parallel mit den Berathungen der Afrikanischen Conferenz laufen in Paris Verhandlungen mit der Internationalen Afrikanischen Gesellschaft, an denen sich auch Portugal betheiligt. Letztere Macht hat bis jetzt von ihren Ansprüchen auf die Congomündung nicht abgehen wollen. Die Conferenz hat bekanntlich die Frage der portugiesischen Souverainetätsansprüche in jener Gegend auf sich beruhen lassen zu sollen gemeint. Was nun die Regelung der Verhältnisse der Congo-Association betrifft, so wirft die „Kölnische Zeitung“ die Frage auf, ob nicht ein Ausgleich mit Portugal in bestimmten eingeschränkten Grenzen versucht werden solle, der künftigen Verwickelungen dort vorbeugen könnte, und meint, man werde gewiß nicht die Gesellschaft vom Meere abschneiden, noch ihr sonst die Lebensbedingungen verkümmern wollen. Der neue Staat werde hoffentlich fest begründet und in seiner weiteren Entwickelung durch die Anerkennung der Mächte geschützt bleiben.

* Hassan Fehmi Pascha ist in London angekommen. Nun wird dort der Cabinetsrath zusammentreten, um die französischen Gegenvorschläge zu berathen. Ueber dieselben äußert sich die englische Presse sehr abfällig; die „Times“ geht am weitesten; sie findet die internationale Enquête und Controle, sowie die gemeinsame Garantie der Mächte für die Anleihe sehr anstößig; ein solches Arrangement sei mit der Würde Englands, welches allein für Egypten Opfer gebracht, während die übrigen Mächte nichts gethan oder sich höchstens lästig gemacht haben, nicht vereinbar. Sie erklärt daher, die von Frankreich offerirten Concessionen seien mit Bedingungen verknüpft, welche die englische Regierung nicht annehmen könne, und bezweifelt, ob das Project einer internationalen Enquête selbst in abgeänderter Form für England annehmbar sein würde. Die „Pall Mall Gazette“ drückt sich maßvoller aus; sie meint, die englische Regierung habe zwischen dreierlei zu wählen: Capitulation, Trotzbieten oder Compromiß. Die beiden ersten Wege seien nicht zu empfehlen, es bleibe also nur der Compromiß. England könne über Alles mit sich reden lassen, nur nicht über eine internationale Controle, so lange seine Truppen in Egypten seien. Es werde also Nichts übrig bleiben, als daß England die Zinszahlung während dieser Zeit garantire und dafür mit einer Besserung des Coupons sich zufrieden erkläre. In der That dürfte England, wie die „Pall Mall Gazette“ richtig herausfühlt, allen Anlaß haben, sich zu einem Compromiß bereit finden zu lassen; denn außer der Türkei und Italien wird sich auch jetzt keine der Mächte auf seine Seite stellen, und selbst die Unterstützung der Türkei scheint an Bedingungen geknüpft, welche England sehr schwer ankommen müssen. — Die „Times“ will erfahren haben, daß die Mächte England die Abhaltung einer Conferenz zum Zwecke der Neutralisirung des Suezcanals vorgeschlagen hätten.

* Aus Howeitatt-Brunnen, 11. Januar wird dem „Standard“ gemeldet: „Obgleich wir nur einen dreitägigen Marsch in der Wüste hinter uns haben, zeigen sich schon die Schwierigkeiten, mit denen eine Streitkraft wie die unsrige zu kämpfen hat. Die Colonne setzt sich jeden Morgen um 2 Uhr in Bewegung, und der Marsch wird den ganzen Tag fortgesetzt. Wir gehen nach Gakdul via Abu-Halfa und hoffen, dort morgen Wasser für Menschen und Thiere zu finden. Auf die kleine Abtheilung, die zum Schutze dieser Brunnen zurückgelassen worden war, wurde während einer Nacht geschossen, aber sonst ist sie nicht belästigt worden. Kleine Abtheilungen von Arabern sind über die Wüste zerstreut. Sie tragen alle die Uniform des Mahdi; aber dies allein bedeutet nicht irgendwelche Feindseligkeit gegen uns, da einige von ihnen ins Lager kamen, um Schafe an uns zu verkaufen. Diese Leute versicherten, daß die Streitkraft des Mahdi in Metämmeh unbedeutend ist; jedoch sind alle diese Meldungen durchaus unzuverlässig, und es ist ganz unmöglich zu sagen, ob wir dort mit Hunderten oder Tausenden von Feinden zusammenstoßen werden. Die Sonnenhitze in der Wüste ist während des Tages sehr groß, und zwischen 10 Uhr Vormittags und 4 Uhr Nachmittags ist sie für Menschen und Vieh sehr ermattend. Die Kameele befinden sich jetzt 2½ Tage ohne Wasser und brauchen es nachgerade. Die Leute haben nur 2 Liter pro Tag und Mann. Obgleich die Farbe und Consistenz des Wassers in den hiesigen Brunnen an Erbsensuppe erinnert, wird doch von den Soldaten gern 1 Dollar per Glas offerirt. Glücklicherweise haben bis jetzt die Araber kein Zeichen irgend einer feindseligen Thätigkeit kundgegeben. Hätten sie dies gethan, dann würden unsere Schwierigkeiten ungeheuer vermehrt worden und es dürfte uns thatsächlich unmöglich gewesen sein, von der Wüstenroute Gebrauch zu machen.“

Aus dem Reichstage.

** Berlin, 19. Januar. Die Petitionscommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit folgenden Gegenständen: Mehrere Petitionen, namentlich eine solche der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern zu München wünschen, daß das Reich sich officiell an der Weltausstellung in Antwerpen durch Abordnung eines Regierungs-Commissars betheiligen möge. Die zugezogenen Regierungscommissarien erklärten, daß die Regierung principiell Bedenken trage, an Weltausstellungen sich zu betheiligen, welche von Privatcomités ꝛc. veranstaltet würden und nicht auf internationalen, zwischen den Regierungen selbst getroffenen Vereinbarungen beruhten; zu diesem Standpuncte sei sie namentlich durch die seit einer Reihe von Jahren mehr und mehr zunehmende Häufung von Weltausstellungen der verschiedensten Art gedrängt worden, welche es geradezu unmöglich mache, allen derartigen Wünschen zu entsprechen und welche auch das Interesse der Gewerbetreibenden selbst, wenigstens eines großen Theils, welcher nicht in der Lage sei, an derartigen zahlreichen und kostspieligen Ausstellungen sich zu betheiligen, zu schädigen drohe; auch sonst wurden verschiedentliche gegen die officielle Betheiligung des Reichs sprechende Gründe angeführt und betont, daß jedenfalls jetzt, indem die Vorbereitungen für die Ausstellung bereits so weit vorgeschritten seien, die Betheiligung an der Antwerpener Ausstellung zu spät sei und ihren Zweck nicht mehr erfüllen würde. Der principielle Standpunct der Regierung wurde in der sich anschließenden ausführlichen Discussion theils gebilligt, theils als unrichtig bekämpft; dagegen war man seitens der Commission einverstanden, daß jetzt, nachdem namentlich die Vertheilung der Plätze bereits stattgefunden habe und auch die übrigen Vorbereitungen für die Ausstellung bereits vorgeschritten seien, die Bestellung eines Regierungscommissars ihren Zweck nur noch unzureichend erfüllen werde und unter diesen Umständen eine officielle Betheiligung an der Antwerpener Ausstellung nicht mehr zu befürworten sei. Es wurde beschlossen, dem Reichstage über die Petition schriftlichen Bericht zu erstatten, jedoch Uebergang zur Tagesordnung zu empfehlen. Der Provinzial-Verein schlesischer Schlächtermeister zu Breslau bittet um Aufhebung des im Jahre 1877 ergangenen Verbots der Einfuhr und Durchfuhr von Rindvieh aus Rußland und Oesterreich mit der Motivirung, daß in den letzten Jahren Seuchen in der Nähe der Grenzen nicht vorgekommen seien, eine Gefahr aus der Aufhebung der Sperre also nicht zu befürchten sei, während auf der anderen Seite aus der Aufrechterhaltung der Sperre große Belästigungen und Schäden für die Consumenten, auch eine wesentliche Vertheuerung der Fleischpreise entstünden. Der Regierungscommissar erklärte, daß die i. J. vom Bundesrath angeordnete Sperre nicht aufgehoben werden könne, da, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar an der Grenze, so doch allerdings in den entfernteren Theilen der Nachbarländer noch stets Fälle von Seuchen vorkämen und bei den jetzigen erleichterten Communicationsmitteln allerdings eine dringende Gefahr der Verschleppung der Seuchen nach Deutschland hier vorliege. Wenn durch die Sperre eine Vertheuerung der Fleischpreise, die in den Nachbardistricten allerdings billiger seien, eingetreten sein sollte, so sei dieses im Interesse der Consumenten zu bedauern, lasse sich aber nicht vermeiden, da nicht um des Interesses der Grenzdistricte willen der Viehbestand des übrigen Reichs in Gefahr gebracht werden dürfe. Mit Rücksicht auf diese Auskunft des Regierungscommissars wurde beschlossen, die Petition als zur Erörterung im Plenum ungeeignet zu erklären. Die sonstigen Petitionen waren nicht von allgemeinem Interesse.

Aus dem preußischen Landtage.

** Berlin, 19. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm heute die erste Lesung der Eisenbahnverstaatlichungsvorlage vor; es handelt sich um die Erwerbung der Braunschweigischen, Schleswigschen und Halle-Sorau-Gubener Bahn. Sämmtliche Redner, die Abgg. Büchtemann, von Wedell-Malchow, von Eynern, Schreiter, sprachen sich zustimmend aus. Abg. Büchtemann erklärte Namens der deutschfreisinnigen Partei, daß sie, nachdem einmal der große Principienstreit zwischen Staats- und Privatbahn endgiltig entschieden sei, im Ganzen der Vorlage günstig gesinnt seien, welche unerträglichen Zuständen ein Ende machen werde. Dieselbe wurde alsdann einer Commission überwiesen. Es folgte die erste Lesung des Staatshaushalts. Finanzminister von Scholz leitete die Verhandlung mit einem längeren Vortrag über die gesammte Finanzlage und das Erträgniß der verschiedenen Einnahmequellen im verflossenen, laufenden und künftigen Etatsjahre ein, zu dem bekannten Resultat gelangend, daß der neue Etat balancirt haben würde, wenn nicht die Erhöhung der Matricularbeiträge um 24 Millionen Mark hinzugekommen wäre. Die Regierung halte unwandelbar an der Ueberzeugung fest, daß wir nur von den indirecten Steuern Hilfe erwarten können, zu denen das Reich den Schlüssel in der Hand habe. Ein Fiasco der Regierungspolitik könne nicht zugegeben werden; die bisherige Finanzpolitik müsse nur weitergeführt werden und dürfe nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Dagegen führte der Abg. Rickert aus, daß man auf die preußische Finanzlage durchaus nicht mit Befriedigung blicken dürfe und daß die Finanzpolitik der Regierung von ferne nicht gehalten habe, was sie versprochen, vielmehr zu einem vollständigen Mißerfolg geführt habe. Abg. von Zedlitz trat als Vertheidiger der Wirthschaftspolitik der Regierung auf und wies mit Zahlen deren günstige Wirkung nach. Ein Aufgeben dieser Politik verbiete sich namentlich auch um der Landwirthschaft willen. Die weitere Berhandlung wurde auf morgen vertagt.

** Dem Abgeordnetenhause ist die übliche Nachweisung über die Anzahl der für das Etatsjahr 1884/85 zur Classen- und classificirten Einkommensteuer veranlagten Personen zugegangen. Wir entnehmen daraus die folgenden Angaben: Der preußische Staat hat nach den Classensteuerrollen eine Seelenzahl von 27,224,179, davon unterliegen der classificirten Einkommensteuer 634,355. Befreit von der Classensteuer sind 5,259,048. 2.55 Proc. unterliegen der classificirten Einkommensteuer, 19.32 Proc. der Classensteuer, 78.13 Proc. sind von Steuer befreit. Die Classensteuer ergiebt einen Betrag von insgesammt 20,110,106 ℳ. Der Ertrag der Einkommensteuer beläuft sich auf 38,641,428 ℳ. 14,015 Personen, welche im Vorjahr zur Classensteuer veranlagt waren, sind jetzt zur Einkommensteuer herangezogen.

Vermischtes.

— Berlin, 20. Januar. Unter den für die Universität Berlin im neuen preußischen Etat mehr geforderten 115,240 ℳ befindet sich auch das Gehalt für Herrn Schweninger, der die neuerrichtete außerordentliche Professur für Dermatologie übernommen hat, in Höhe von 3900 ℳ. Auch die Forderung von 23,350 ℳ für Begründung einer ordentlichen Professur für Hygieine und eines hygieinischen Laboratoriums befindet sich in der obigen Summe. Es sind außerdem neueingestellt in den Etat 9300 ℳ zur Begründung einer ordentlichen Ersatzprofessur für alte Geschichte, 6900 ℳ für einen ordentlichen Professor der Meteorologie, 3900 ℳ für einen außerordentlichen Professor der physikalischen Physiologie, 12,300 ℳ zur Errichtung von drei außerordentlichen Professuren, eine für Paläontologie und Geognosie und zwei für Philosophie. Für das neubegründete zahnärztliche Institut sind 11,780 ℳ ausgeworfen, darunter 4000 ℳ zur Besoldung zweier Lehrer und 2700 ℳ für zwei Assistenten. Für das Kunstgewerbe-Museum, das mit dem 1. April 1885 in den Staatsbesitz und in die Staatsverwaltung übernommen wird, werden 104,400 ℳ mehr verlangt.

— Bremen, 16. Januar. Der Vorstand des deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat auf den Beschluß der allgemeinen Vereinsversammlung zu Berlin nach längeren Vorverhandlungen eine Commission gebildet, welche sich vom Standpunct der Mäßigkeitsagitation mit der Frage der Erhöhung der Branntweinsteuer beschäftigen soll. In Württemberg beschäftigt der Gegenstand bereits einen ständischen Ausschuß, dessen Vorsitzender, Herr v. Varnbüler, zu den Mitgliedern der Commission gehört und mit Rücksicht auf dessen bald beginnende Arbeit versucht werden soll, diejenige der Commission zu beschleunigen. Ihr Leiter ist der bekannte erfahrene Nationalökonom Prof. v. Miaskowski in Breslau, und es gehören ihr außerdem u. A. noch an: Professor Erwin Nasse in Bonn, Fürst Hatzfeldt-Trachenberg, Senator Witte in Rostock, Oberbürgermeister Brüning in Osnabrück und Graf Theodor Stolberg-Tütz, so daß Productions- und Consuminteressen in ihr ziemlich gleich gut vertreten erscheinen. Auf eine bloße Wiederholung des Rufes nach höherer Steuer kann es ja nicht ankommen, sondern auf Feststellung und Begründung einleuchtender Reformvorschläge.

— Aachen, 18. Januar. Kurz nach 2 Uhr heute Nachmittag entstand in unserer Stadt ein fürchterlicher Brand. Die Rheinische Tuchfabrik ist niedergebrannt; 7 Feuerversicherungen sind betheiligt; 500 Arbeiter brodlos. Um 4 Uhr waren die angrenzenden Fabriken stark bedroht. Die Aachener und Burtscheider Feuerwehr nebst Militair sind angestrengt thätig; man hofft das Feuer auf seinen Herd zu beschränken.

— Aus der Schweiz wird geschrieben: Herr Graham, der bekannte englische Bergsteiger, versuchte es kürzlich die „Jungfrau“ zu besteigen. Er beabsichtigte, eine Nacht auf dem Gipfel zuzubringen. Die Expedition, aus zwölf Mann bestehend, war mit allem nöthigen (Proviant, Schlafsäcken, Pelzen u. s. w.) versehen, und wurde Dienstag den 6. Januar von Grindelwald aus aufgebrochen. Die Witterungsverhältnisse waren günstig, und Abends langte man wohlbehalten in der Berghütte an. Am folgenden Tage Mittags glaubte man den Gipfel erreichen zu können. Der Aufstieg erfolgte aber langsam. Nachmittags war man nur noch 100 bis 200 Meter vom Gipfel entfernt. Plötzlich brach aber ein furchtbarer Föhnsturm herein und zwang die Bergsteiger zu rascher und unfreiwilliger Rückkehr. Nachts um 11 Uhr langten sie nach beschwerlichem Marsche wieder in der Berghütte an und trafen am Donnerstag in Grindelwald ein.

— Wien, 16. Januar. Wie sehr oft der erste Eindruck eines Stückes mit dessen bleibenden Erfolgen contrastirt, erweist wieder einmal Turgenjew's „Natalie“ (deutsch von Eugen Zabel) im Burgtheater. Das fesselnde Drama hat nun zehn Aufführungen an unserer ersten Bühne erlebt, und zwar regelmäßig vor vollem Hause und unter lebhafter Theilnahme des Publicums. Turgenjew und seine Darsteller in Wien haben die Bedenken gegen einzelne Mängel der Dichtung siegreich niedergekämpft, welcher voraussichtlich ein bleibender Platz im Repertoire des Burgtheaters gesichert ist.

— London, 15. Januar. Ein gestern veröffentlichter parlamentarischer Ausweis ergiebt die Anzahl der britischen Schiffe von mehr als 250 Tonnen Gehalt, die in den drei Jahren 1880—1882 mit ihren Ladungen total verloren gingen, gleichzeitig mit den Menschenleben. Ueberhaupt gingen in jenem Zeitraum 830 Segelschiffe mit 2837 Menschenleben und 337 Dampfer mit 2191 Menschenleben zu Grunde; darunter scheiterten 591 Schiffe beider Gattungen mit 1430 Menschenleben; 152 Schiffe mit einem Verlust von 2822 Menschenleben wurden „vermißt“; 225 Schiffe wurden nach dem Scheitern verlassen, wobei 556 Menschenleben zu Grunde gingen; 73 sanken in Folge von Zusammenstößen, mit 170 Menschenleben, und 51 Schiffe mit 52 Menschenleben gingen durch Feuer zu Grunde. Von sämmtlichen Fahrzeugen waren 194 mit Getreide beladen, womit 730 Menschenleben verloren gingen; 268 mit Kohlen, mit einem Lebensverlust von 458. Die verbleibenden Schiffe waren meistens mit Bauholz oder mit gemischten Frachten beladen. Unter den verschiedenen Schiffahrtsrouten war die nach der Ostküste von Nordamerika die verhängnißvollste: 218 Fahrzeuge mit 805 Menschenleben gingen im Atlantischen Ocean verloren, während im indischen und asiatischen Handel 164 Schiffe mit 1266 Menschenleben zu Grunde gingen. (Wiederholt.)

— Der Chef-Redacteur des japanesischen Blattes „Jiji Schimbo“, Herr Fuku Sewa, veröffentlicht in der letzten Nummer seines Blattes einen Aufruf an seine Landsleute, in dem er sie auffordert, nachdem nun der Mikado seinem Reiche volle Glaubensfreiheit gewährt hat, dem Heidenthume und Götzencultus gänzlich zu entsagen und en masse zum Christenthume überzutreten. „Haben wir“, so heißt es in diesem Aufrufe, „von den Christen ihre Kleidung, ihre Lebensweise, ihre Bildung, ihre Gesittung u. s. w. angenommen, so machen wir noch den letzten Schritt und nehmen wir auch ihren Glauben an.“ Herr Fuku Sewa zeigt zugleich an, daß er mit gutem Beispiele vorangehen wolle und daher in den nächsten Tagen schon mit seiner ganzen Familie zur anglicanischen Kirche übertreten werde. (Wiederholt.)

Literatur.

So brillant hat die „Deutsche Romanbibliothek“ (Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, vorm. Eduard Hallberger) diesmal ihren Jahrgang eröffnet, so anziehend und spannend ist das erste Vierteljahr, daß, wenn das Ganze diesem Anfang entspricht, wir das Beste zu erwarten haben, und gewöhnlich steigert, wie wir aus Erfahrung wissen, die Redaction die Ansprüche, die sie an sich macht und die wir an sie machen dürfen: sie spielt, wenn wir so sagen dürfen, immer bessere Karten aus. Schon die drei ersten Romane boten Abwechslung in Fülle; der locale Reiz war nicht weniger groß, als der psychologische. Gab Hieronymus Lorm in seiner „Schönen Wienerin“ ein im höchsten Grade fesselndes, drastisches Bild des Metternich'schen Wien und seiner bunten, von Intriguen durchwühlten Gesellschaft, ein Bild voll Farbe und Leben, so stand Gregor Samarow mit seinem „Adjutanten der Kaiserin“ auf dem historischen Boden des Hofes der Semiramis des Nordens und ihrer Lieblinge Potemkin und Orlest, deren Kampf um die Gunst der schönen Czarin unser Interesse unausgesetzt gespannt in Athem erhält, und Salinger's „Tolle Braut“, deren Scenerie zwischen Sevilla und einer deutschen Universitätsstadt wechselt, macht uns mit einem brillanten Erzählertalent bekannt, das den Kampf einer Deutschen und einer Spanierin um ein Männerherz in leidenschaftlich bewegten, tief ergreifenden Scenen fast zu rasch für unsere lebhaft erregte Theilnahme vorüberführt. Ist das nicht ein brillanter Anfang, des hübschen Feuilletons ganz zu geschweigen? Und noch stehen uns nach dem Programm neun Romane in Aussicht!

* * *

Das Auffinden bestimmter, besonders kleinerer und unbedeutender Ortschaften auf Specialkarten ist bekanntlich oft ein sehr schwieriges und zeitraubendes Geschäft und muß mithin ein Mittel um Freudes begrüßt werden, welches dieses Geschäft erleichtert. Ein solches Mittel für alle Karten vom Königreich Sachsen ist der soeben in Commission bei J. C. Hinrichs hier erschienene, nach den neuesten kartographischen und statistischen Unterlagen bearbeitete Ortszeiger von R. Mittelbach. Dieses mit außerordentlichem Fleiße und großem Verständnisse durchgearbeitete Buch beseitigt die vorerwähnten Schwierigkeiten vollständig und giebt ein Mittel in die Hand, welches Jedermann in den Stand setzt, auf den Specialkarten vom Königreiche Sachsen alle verlangten Ortschaften, selbst die kleinsten und unbekanntesten, schnell, zweifellos und geradezu spielend aufzufinden. Dieser Ortszeiger ist aber nicht nur als Orientirungsmittel und unentbehrliche Ergänzung zu jeder Karte von Sachsen, sondern er ist auch ein vollständiges alphabetisch geordnetes Ortsverzeichniß mit Angabe der entsprechenden Amtshauptmannschaften und Amtsgerichte. — Der Preis von 1 ℳ 50 ₰ ist für dieses 11 Druckbogen umfassende, in jeder Weise gut ausgestattete und sehr empfehlenswerthe Buch ein außerordentlich billiger zu nennen.

Hôtel Palmbaum,
Restaurant neu eröffnet.

Andree's Handatlas, Meyer's Conversations-Lexikon, Schlosser's Weltgeschichte, Die gesammten Naturwissenschaften, herausg. von Kosmos, Westermann's Monatshefte, Bd. 1—14, und viele andere werthvolle Antiquaria offerirt zu billigsten Preisen P. Ehrlich's Antiquariat, Kurprinzstraße 1.

Lothar Heym, Civilingenieur,
Bau- und maschinentechn. Bureau, Sophienstraße 33, II.

Bei Husten,
Heiserkeit, Verschleimungen ꝛc., überhaupt bei allen katarrhalischen Affectionen der Athmungs-Organe, Hals- und Brustleiden haben sich die Malzextract-Caramellen, à Beutel 30 und 50 ₰, und Malzextract (Schutzmarke „Husten-Nicht“) von L. H. Pietsch & Co in Breslau, Albrechtsstraße 8/9, als anerkannt wirksam bewährt! — Zu haben bei Rich. Krüger, Jul. Hoffmann, Otto Eckardt, Louis Dietzmann, Gustav Seidel, Wilh. Lasse.

Versand-Geschäft
Mey & Edlich, Plagwitz-Leipzig,
Königl. Sächs. Hoflieferanten.
Detail-Geschäfte:
Leipzig: Mey & Edlich, 9 Neumarkt.
Plagwitz:
Mey & Edlich, 28. 29 Nonnenstrasse, part.

Klitzsch's Magazin kunstgewerbl. Artikel, Kurprinzstraße 7.
Total-Ausverkauf wegen anderweitiger Unternehmen.

Bei Festlichkeiten, Familienbällen ꝛc. empfehle:
Pflanzendecorationen,
Blumenarrangements,
Makartbouquets,
Cotillonbouquets
aus frischen Blumen.
J. C. Hanisch,
Königl. Sächs. Hoflieferant,
Kunst- u. Handelsgärtnerei,
Dresdner Straße 13.

Tageskalender.

Kaiserliche Telegraphen-Anstalten.

1. K. Haupt-Telegraphenamt im Postgebäude am Augustusplatz.
2. K. Postamt 2 (Leipzig-Dresdner Bahnhof).
3. K. Postamt 3 (Bairischer Bahnhof).
4. K. Postamt 4 (Bülowstraße).
5. K. Postamt 6 (Wiesenstraße 10).
6. K. Postamt 7 (Rauchaer Steinweg).
7. K. Postamt 8 (Eilenb. Bahnh.).
8. K. Postamt 11 (Körnerstraße).

1) Bei den Postämtern 5 (Neumarkt, Hohmann's Hof) und 10 (Poststraße) findet Telegraphenbetrieb nicht statt; das ersteren Amt nimmt jedoch Telegramme zur Beförderung an die nächste Telegraphenanstalt an.

2) Bei den Postämtern 2—8 und 11 sind Post- und Telegraphendienststunden übereinstimmend (Wochentags von 7 bez. 8 früh bis 8 Uhr Abends, Sonntags und an den gesetzlichen Feiertagen von 7 bez. 8 früh bis 9 Vorm. und von 5 bis 7 Uhr Abends). Die Postämter 2 und 3 sind für die Annahme ꝛc. von Telegrammen außer während der Postdienststunden an den Wochentagen auch von 8 bis 9 Uhr Abends geöffnet.

Beim Haupt-Telegraphenamt werden immerwährend, auch in der Nachtzeit, Telegramme zur Beförderung angenommen.

Bei dem Postamt 1 am Augustusplatze findet überdies an den Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen auch in der Stunde von 11—12 Vorm. eine Ausgabe von Briefen an regelmäßige Abholer statt.

3) Das Postamt Nr. 9 (Naschmarkt, Börsengebäude) ist nur an Wochentagen von 11—4 Uhr zur Annahme von Telegrammen geöffnet.

Auskunftsstelle der königlich preußischen Staatseisenbahnverwaltung, Goethestraße 9, parterre im Laden, geöffnet täglich außer Sonntags, gratis unentgeltlich Auskunft
a. im Personen-Verkehr über Ankunft und Abgang der Züge, Zuganschlüsse, Reiserouten, Billetpreise, Reiseerleichterungen, Fahrpreisermäßigungen ꝛc.;
b. im Güter-Verkehr über allgemeine Transportbedingungen, Frachtsätze, Karticungen ꝛc.

Landwehr-Bureau im Schlosse Pleißenburg, Thurmhaus, 1. Eingang links (über der Wache befindlich). Meldestunden sind Wochentags von 8 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags, Sonn- und Festtags von 9 bis 12 Uhr Vormittags.

Oeffentliche Bibliotheken:
Universitätsbibliothek 11—1 Uhr.
Stadtbibliothek 3—5 Uhr.
Volksbibliothek I. (V. Bezirksschule) 7½—9½ Uhr Abends.

Pädagogische Centralbibliothek (Comeniusstiftung) Lehrervereinshaus, Kramerstr. 4, geöffnet Mittwoch und Sonnabend v. 2—4 Uhr.

Städtische Sparcasse: Expeditionszeit: Jeden Wochentag Einzahlungen, Rückzahlungen und Kündigungen von früh 8 Uhr ununterbrochen bis Nachmittags 2 Uhr. — Effecten-Lombardgeschäft 1 Treppe hoch. — Filiale für Einlagen: Bernhard Wagner, Schützenstraße 17/18; Gebrüder Spellner, Windmühlenstraße 30; Heinrich Uerath, Weststraße 17; Julius Hoffmann, Peterssteinweg 3; Julius Hinck, Querstraße 1, Eingang Grimm. Steinweg.